

GEMEINDE

PLANET

KIRCHSCHLAG/LINZ

Zugestellt durch Österreichische Post
AUSGABE 1/2018
DAS GEMEINDEMAGAZIN DER GRÜNEN
GZ02Z031264M



G'SSCHEITES

Nur mehr wenige Menschen können so viele Sterne in der Nacht sehen. Vor allem in den Ballungszentren wird die Lichtverschmutzung ein immer größeres Problem

Bildquelle: CCO License

LICHT FÜR EINE

NATURNAHE NACHT

So heißt der Titel des oö. Umweltkongresses 2018, der am 25. September an der Bruckneruniversität in Linz stattfinden wird. Er wird sich mit dem Thema „Lichtverschmutzung“ befassen, die laut LR Rudi Anschober mittlerweile sogar brisanter als das bisherige Topthema „Luftverschmutzung“ geworden ist. Die Grünen/Kirchschlag bei Linz haben diese Problematik schon früh erkannt und deshalb ein Straßenbeleuchtungsprojekt angestoßen, das nun mit maßgeblicher Unterstützung des Landes OÖ umgesetzt wird. Die Effizienz und Wirkung der neuen Kirchschlager Straßenbeleuchtung, die Ende April/Anfang Mai fertig installiert sein wird, wird bis zum Herbst umfangreich evaluiert werden und Kirchschlag wird daher als Mustergemeinde für den geplanten Umweltkongress einen aktiven Beitrag leisten können.

Im Land OÖ beschäftigt man sich schon lange mit „Lichtverschmutzung“ und hat dafür als erstes Bundesland ein eigenes Messnetz installiert. Weiters wurde eine eigene Leitlinie für den öffentlichen Bereich geschaffen und in Pilotgemeinden werden auch erstmals konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Lichtverschmutzung umgesetzt. Oberösterreichs Vorreiterrolle zeigt sich auch durch den druckfrischen österreichischen Leitfaden „Licht, das mehr nützt als stört“, der bundesweit aufgelegt wird und die Entscheidungsträger/innen in den Gemeinden für die negativen Auswirkungen der Lichtverschmutzung sensibilisieren sowie Lösungswege aufzeigen soll.

„Gelingt es uns, Lichtverschmutzung einzudämmen, können wir einen gesunden

Lebensraum für Mensch und Tier sowie die eindrucksvolle Nachtlandschaft erhalten. Bei der Lichtverschmutzung wollen wir als internationale Vorreiter rasch die notwendigen Maßnahmen setzen. Ziel muss sein, dass wir schädliche Licht- und damit Energieverschwendung schrittweise verringern“, so LR Anschober. Zu diesem Zweck sollen z.B. in OÖ einige sogenannte „Nachtlandschaftsschutzgebiete“ errichtet werden. Die Universität Wien und das Land Oberösterreich führen gemeinsam ein Forschungsprojekt durch, das die Schaffung aller nötigen Voraussetzungen für eines oder mehrere „Dunkelheitsreservate“ in Oberösterreich zum Ziel hat. Um so ein „Dunkelheitsreservat“ (Dark Sky Reserve) international zertifizieren zu lassen, ist es erstens erforderlich, eine kontinuierliche Beobach-

G'SCHEITES LICHT FÜR EINE NATURNAHE NACHT

tung der Nachthimmelshelligkeit in den angestrebten Gebieten durchzuführen. Hier wird das oö. Lichtmessnetz mit eingebunden. Zweitens muss eine Bestandsaufnahme der künstlichen Lichtquellen in den angestrebten Gebieten erfolgen und es ist ein Plan zu erstellen, wie diese Lichtquellen durch künftige Umrüstungen umweltfreundlicher gestaltet werden. Drittens müssen für das geplante bzw. die geplanten „Dark Sky Reserves“ Veranstaltungspläne erstellt werden, um die Wissensvermittlung zu den Themen Astronomie, Ökologie der Nachtlandschaften usw. sicherzustellen sowie den nachhaltigen Tourismus zu stärken.

die sich in den meisten kommunalen Budgets mit bis zu 45% des öffentlichen Stromverbrauchs zu Buche schlägt. Dieser Verbrauch könnte mit modernen und umweltfreundlichen Lichtmitteln sofort um ein Drittel reduziert werden. Wenn man bedenkt, dass in der EU nur durch eine Umrüstung auf neue Leuchtmittel fünf Milliarden kWh (!!!) pro Jahr eingespart werden könnten, lässt sich das Potenzial einer Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung mehr als erahnen. In Österreich alleine könnte man damit den Stromverbrauch um 100 Millionen kWh pro Jahr verringern – von dem reduzierten CO2 Ausstoß ganz zu schweigen.



Bei einer ersten Bemusterung der neuen Straßenbeleuchtung wird ersichtlich, wie sehr das optimierte Licht ausschließlich die Kirchschrager Kirche anstrahlt und das Umfeld völlig im Dunkeln lässt.
Bildquelle: Grüne/Kirchschrager bei Linz

zu viel Essen, Trinken, Geschenke – wird auch das Licht manchmal zu viel. Wo ist der Reiz der Lichter, wenn schon längst alles zu hell erleuchtet ist?

Immer mehr Glitzern, Blinken und Effekte aus den Regalen der Super- und Baumärkte auf Zäunen und Balkonen kostet Strom und Ressourcen. Schöner und viel eleganter, besinnlicher, stiller und freudvoller ist das Licht einer Kerze, das Spiel der Flamme, das sich endlos bewundern lässt. Vielleicht können sich manche leidenschaftliche Weihnachtsbeleuchter im kommenden Winter darauf besinnen, dass es vielleicht doch reizvoller ist, mit dem wärmenden Glanz einer Kerze der Lichterflut (vorweihnachtlicher) Festbeleuchtung zu begegnen. Eine Laterne auf einem Zaunpfahl, ein Lichtlein im Fenster – manchmal ist weniger eigentlich mehr...

VERKEHRS- SICHERHEIT

Als Verkehrsteilnehmer haben wir alle schon erlebt, wie schnell man von Licht abgelenkt werden kann – blinkende Anzeigetafeln, helle Scheinwerfer, all das stört unsere Konzentration. Fährt oder geht man aufmerksam durch eine Stadt, werden einem viele Beispiele auffallen, wo die grelle Beleuchtung einer Firma/eines Lokals das relativ dezente Lichtsignal einer Fußgängerampel völlig überstrahlt. Fußgänger, die noch dazu oft mit dunkler Kleidung unterwegs sind, können dadurch viel leichter übersehen werden.

WAS KANN JEDER EINZELNE NUN DAFÜR TUN, DIE LICHTVERSCHMUTZUNG GERING ZU HALTEN?

Ein wesentlicher Beitrag wäre, die Außenbeleuchtung der Privathäuser möglichst dezent zu halten. Wir wissen, dass nach diesem langen, grauen Winter eigentlich niemand an das nächste Weihnachten denken will, aber es kommt bestimmt und mit ihm die ganze Lichtflut an blinkenden, glitzernden, leuchtenden Weihnachtsdekorationen. Wie so vieles um diese Jahreszeit – zu viele Feiern,



Heribert Kaineder gemeinsam mit LR Rudi Anshober bei der Präsentation des neuen Leitfadens zum Thema Lichtverschmutzung
Bildquelle: Land OÖ

Wir Grüne/Kirchschrager bei Linz haben schon vor einiger Zeit im „Gemeindeplanet“ über die schädlichen Auswirkungen von Lichtverschmutzung berichtet. Vielleicht kurz noch einmal zwei Punkte zur Ergänzung, warum Lichtverschmutzung als ernstes Problem wahrgenommen werden sollte:

ENERGIEVERBRAUCH UND CO2 AUSSTOSS

Beleuchtung alleine verschlingt weltweit 19% aller Energieressourcen (in der EU liegt dieser Wert mit 16% etwas niedriger). Ein bis zwei Prozent entfallen dabei auf die Straßenbeleuchtung,

LIEBE KIRCHSCHLAGERINNEN UND KIRCHSCHLAGER!



EDITORIAL FRANZ REITER

Es gibt Menschen, die der momentanen politischen Situation in Österreich zu Recht nicht viel abgewinnen können. Wer allerdings so wie die Kirchschrager Grünen von der Bevölkerung so viel Rückhalt erfährt, dem kann die ungünstige politische Großwetterlage nicht viel anhaben. Unser „Gemeindeplanet“, den Sie gerade in Händen halten, bietet Ihnen eine Alternative zum politischen Alltag und wir freuen uns darauf, Ihnen damit – wie schon bisher – spannende Einblicke in das Kirchschrager Gemeinwesen zu bieten. Auch dieses Mal liefern wir Ihnen Informationen, die den anderen Parteien nicht im

gleichen Ausmaß wichtig erscheinen. Das wäre nicht nötig, wenn ALLE Parteien die an sich selbstverständliche Möglichkeit hätten, in der Gemeindezeitung ihre Sicht der Dinge darzulegen. Eine Gemeindezeitung hat normalerweise die Aufgabe, als Amtsblatt zu fungieren und allen Institutionen, Parteien, Vereinen, etc. als Plattform zu dienen. In Kirchschrager hingegen kann zwar die Mehrheitsfraktion ungehindert und gratis ihre Informationen veröffentlichen, während alle anderen Parteien keine politischen Beiträge einbringen können. Diese Tatsache ist in unseren Augen schon ein seltsames Verständnis von Demokratie. Aber nicht nur das stößt uns sauer auf, auch einige andere Entwicklungen in der Gemeinde gehen unserer Ansicht nach in die völlig falsche Richtung. Als ein Beispiel sei die ehemalige Landwirtschaftsschule genannt, die von der REAL Treuhand nun zu Eigentumswohnungen umgebaut wird. Unserer Meinung nach wurde hier von Seiten der Gemeinde die Möglichkeit für leistbares Wohnen wieder nicht ergriffen. Die

Errichtung von zusätzlichen Eigentumswohnungen hilft weder jungen Leuten, die von zu Hause ausziehen möchten noch Familien in der Gründungsphase. Ihnen wäre mit einem geförderten Miet-/Kaufmodell sicher mehr gedient gewesen.

Die Tatsache, dass man für einen toten Dichter eine Villa mit einem höheren sechsstelligen Eurobetrag saniert, während ein Teil der Kindergartenkinder in einem Container unterkommen muss, bedarf keiner weiteren Ausführung, von fehlenden Gehsteigen, wie z. B. jenen zwischen Strich und Bergweg, ganz zu schweigen.

Für uns geht es darum, solche Themen wie die eben genannten für die Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen und im Gemeinderat immer wieder aufs Tapet zu bringen. Trotzdem muss klar sein, dass die momentanen Mehrheitsverhältnisse in der Gemeinde kaum Gestaltungsmöglichkeiten für die Grünen/Kirchschrager bei Linz zulassen. Seien Sie sich bewusst – auch bei der nächsten Wahl entscheiden SIE mit Ihrer Stimme, wo die Reise in Zukunft hingeht.

„DAS LEBEN GEHÖRT DEM LEBENDIGEN AN, UND WER LEBT, MUSS AUF WECHSEL GEFASST SEIN.“

Johann Wolfgang von Goethe

Ende März haben wir Grüne/Kirchschrager bei Linz wieder unsere alljährliche Klausur in Ottenschlag im Mühlviertel abgehalten – und die wenigen Sonnenstrahlen genutzt, um ein Foto zu schießen. Zu den bereits bekannten Gesichtern auf diesem Bild gesellte sich auch der Bezirksvorsitzende der Grünen Urfahr-Umgebung, Christian Wagner (ganz rechts im Bild), der Teile der Klausur für uns moderierte. Die beiden Tage in ruhiger Umgebung boten eine gute Gelegenheit, unsere Rollen in den verschiedenen Ausschüssen des GR zu reflektieren. Immerhin blicken wir nun bereits auf zweieinhalb

Jahre Arbeit und Erfahrungen zurück, die wir, teils als Neulinge auf der politischen Bühne, teils schon mit vorausgegangener Erfahrung, gemeinsam gesammelt haben.

Das Resultat dieser Reflexion bringt nun für uns folgende wohlüberlegte Veränderungen mit sich: Christine Kaineder gibt ihren Sitz im Sozialausschuss für Michael Pree frei und findet als Ersatzgemeinderätin einen neuen Platz. Heribert Kaineder wird die Obmannschaft des Umweltausschusses von Stefan Ernst übernehmen, welcher wiederum seine sozialen Fähigkeiten im Sozialausschuss an Stelle von Barbara



Payré einsetzen wird.

Die neue Konstellation soll allen Talenten und Kompetenzen in unserer Gruppe optimal gerecht werden. Mit diesen Rochaden ist auch weiterhin die volle Einsatzkraft für unsere Kernthemen (Transparenz, Kommunikation, Nachhaltigkeit, Umwelt, Ökologie, Bildung, Gerechtigkeit und Solidarität) gewährleistet, um – wie bisher – kooperative und oppositionelle Arbeit zu leisten.

WIEVIELE JAHRE NOCH BIS ZUM TEMPOLIMIT 50 IN DER HASLINGERKURVE?



Roman Habringer erzählt von seiner Unterschriftenaktion
Bildquelle: Grüne/Kirchschlag bei Linz

Manche leben sogar in unserer Gemeinde gefährlich, wie das Beispiel der Anrainer am Ortsende der Kirchschlagler Straße (Hauptverbindung in die Glasau) zeigt. Auf diesem Straßenstück vor, bzw. nach der sogenannten Haslingerkurve (je nach Fahrtrichtung), ist ein Überqueren der Landesstraße lebensgefährlich, weil dort nach dem Ende des 50er Tempolimits nicht nur theoretisch ein 100er erlaubt ist, sondern auch praktisch gefahren wird.

Im Frühling, wo sich jeder Gartenbesitzer auf einen ruhigen Nachmittag im Grünen freut, ärgern sich in dieser Wohngegend die Menschen über Motorräder, die vor oder nach der Ortstafel nochmals kurz hochtourig beschleunigen oder ähnlich agierende Autoraser, die damit den Lärmpegel in die Höhe treiben. Da auf dieser Straße sowohl ein Gehweg als auch eine Straßenbeleuchtung fehlt, ist das Straßenstück zu jeder Tages- und Jahreszeit ein enormes Fußgängerisiko.

Im Herbst 2015 war es dann für einen Anrainer genug: Roman Habringer, der sein Haus in den noch ruhigeren 90er Jahren kurz vor der Kurve gebaut hat, startete eine Unterschriftenaktion zu Erweiterung der 50er Beschränkung um rund 300 Meter weiter Richtung Glasau. Er formulierte einen Antrag und begann, in seiner Nachbarschaft Unterschriften zu sammeln. Das positive Echo war für ihn überwältigend, erzählt er dem „Gemeindeplanet“ in einem persönlichen Gespräch: „Die

Unterschriftenaktion entwickelte sich fast zum Selbstläufer und ich hatte innerhalb kürzester Zeit 70 Unterzeichner. Dabei war es für mich wichtig, nur Unterschriften von jenen einzuholen, die auch persönlich von der Situation betroffen waren. Hätte ich weiter die Werbetrommel gerührt, wären wahrscheinlich noch viele mehr überzeugt worden.“

Für Habringer waren und sind die Sicherheit der Kinder und die enorme Lärmbelastigung die größten Probleme:

„Die Leute rasen bei uns wie die Verrückten. Wenn die Kinder dann im Winter ohne Gehsteig zur Schule gehen müssen, kann man sich vorstellen, wie gefährlich das ist.“

„Muss bei uns in Österreich immer zuerst etwas passieren, bevor jemand etwas tut?“

Daher hatte er auf alle Fälle auf Unterstützung gehofft, als er am 15.3.2016 mit seinen Unterschriften bei der Gemeinde vorstellig wurde und sein Anliegen der Bürgermeisterin vortrug. Daraufhin hieß es von Seiten der Gemeindegemeinschaft, dass man sich der Probleme bewusst sei und etwas unternommen werden sollte. Allerdings wurde auch betont, dass man nicht zuständig sei und sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen würde.

Das war das letzte Mal, dass Roman Habringer offiziell etwas von der Gemeinde hörte. Als bis zum Frühling 2017 keinerlei Rückmeldung von der Gemeinde eintrudelte, wollte er nicht mehr länger zuwarten und vereinbarte einen Termin auf dem Gemeindeamt. „Ich war ja meinen Unterzeichnern im Wort“, sagt Habringer.



Von der Kirchschlagler Ortstafel bis nach der Haslingerkurve soll nach den Wünschen der Unterzeichner die 50er Beschränkung erweitert werden.
Bildquelle: Grüne/Kirchschlag bei Linz

„Es kann wohl nicht angehen, dass die Kirchschlagler „Ureinwohner“ ein Anliegen vorbringen, welches von der Gemeinde einfach ignoriert wird.“

Er erzählt, dass dieser Termin etwas seltsam ablief. Zuerst konnte man sich nicht an sein Anliegen erinnern, danach wurden die Unterlagen nicht gefunden und erst am nächsten Tag erreichte Roman Habringer ein Email, das endlich Licht in die Angelegenheit brachte: Über eine Woche lang (im Oktober 2016) war eine Verkehrsmessung der Bezirkshauptmannschaft Urfaahr-Umgebung durchgeführt worden. In diesem Gutachten wurde die durchschnittliche Geschwindigkeit jener knapp 11.300 PKWs und über 750 LKWs gemessen, die in dieser Woche das Straßenstück passierten (Motorräder spielen zu dieser Jahreszeit keine große Rolle mehr). Dabei stellte man fest, dass die durchschnittlichen Geschwindigkeiten in Fahrtrichtung Kirchschlag bei 65 km/h und in Richtung Glasau bei 60 km/h lagen. Diese Geschwindigkeiten wurden als „für den dortigen Straßenabschnitt angepasst“ befunden und daher wurde kein „dringlicher Handlungsbedarf für

die Absenkung der Geschwindigkeit gesehen.“ Die Bürgermeisterin habe ihm im Gespräch schon gesagt, dass sie sich über die hohe Verkehrsfrequenz gewundert habe, ihr aber für ein weiteres Vorgehen die Hände gebunden seien. „Eines steht in diesem Gutachten aber nicht“, betont Habringer im Gespräch mit uns.

„Das Messgerät wurde nämlich genau in der Haslingerkurve aufgestellt - also just an jener Stelle, an dem das Tempo ohnehin gedrosselt werden muss. Das führt ja das ganze Gutachten samt Ergebnis völlig ad absurdum. Wenn es in anderen Gemeinden (wie z.B. kürzlich in Eidenberg) möglich ist, auf einer Landstraße eine Geschwindigkeitsbeschränkung einzuführen, weil es für junge Familien zu gefährlich wird, dann wird ja das auch in Kirchschlag möglich sein!“

Darum wollte Roman Habringer auch nicht locker lassen. Anlässlich des Feuerwehrjugendcamps im Sommer 2017 sprach er erneut die Bürgermeisterin an. Damals versprach sie ihm per Handschlag, dass sie mit ihm gemeinsam einen Termin bei der zuständigen Refe-

rentin in der Bezirkshauptmannschaft vereinbaren würde. Mittlerweile schreiben wir 2018 und Roman Habringer wartet noch immer auf dieses Treffen. Ein weiteres Mal gab es von Seiten der Gemeinde keine Rückmeldung. „Dabei wäre laut Aussage des zuständigen Straßenmeisters eine Beschränkung durchaus möglich, aber die Gemeinde müsste diese beantragen“, meint Habringer.

„Ich bleibe da sicher dran. Eine Ablehnung eines Tempolimits ergibt für mich auch überhaupt keinen Sinn. Es bringt keine Zeitersparnis, wenn man 300 m länger rasen kann. Diese ein bis zwei Sekunden sind für die Autofahrer absolut nicht spürbar, aber unsere Lebensqualität würde massiv steigen und auch die Umwelt wäre besser geschützt.“

Er hofft sehr, dass es nicht noch bis 2019 dauert, bis sein Anliegen endlich gehört werden wird.

EINS NOCH ZUM THEMA MOBILITÄT UND VERKEHR

Mit dem Thema **Mobilität und Verkehr** befassen sich für die Grünen/Kirchschlag bei Linz Heribert Kaineder und Hayk Pöschl besonders intensiv. Beide sind passionierte Öffi-Nutzer und kennen die Freuden und Leiden der Pendler und Pendlerinnen daher aus erster Hand.

Mobilität ist aber mehr als Verkehr und Verkehr ist mehr als die Fortbewegung mit Bus oder Automobil. Manche fahren Auto, andere Fahrrad oder Bus, aber alle sind Fußgänger und Fußgängerinnen. Für Hayk Pöschl aus Wildberg ist klar, warum gerade diese elementarste Form der Fortbewegung so sehr unterbewertet und unterschätzt ist - weil zu Fuß gehen so einfach ist. Während für

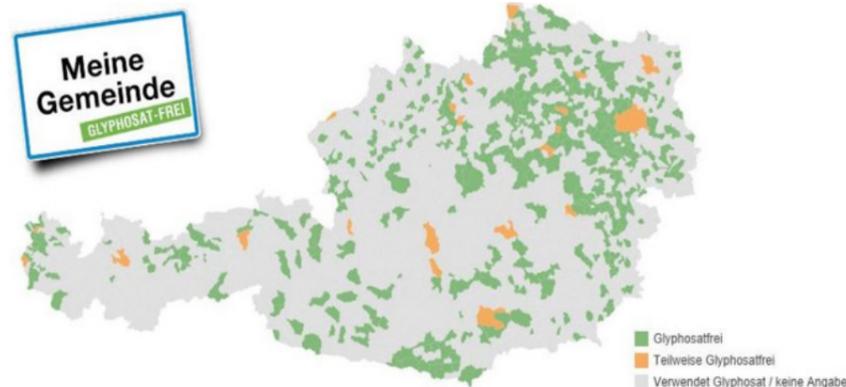
den Kraftfahrzeugverkehr auch bei sehr geringem Verkehrsaufkommen und niedrigen Geschwindigkeiten befestigte Fahrbahnen von mehreren Metern Breite erforderlich sind, genügt für das Gehen ein einfacher Pfad. Offenbar braucht es nicht viel für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind. Das ist allerdings ein Trugschluss. Gerade durch den motorisierten Verkehr wird es wichtiger, dass Fußwege gepflegt und sicher sind. Motorisierter Verkehr macht das Gehen zunehmend riskant und unattraktiv. Ähnlich verhält sich die Situation beim Radfahren, aber auch beim Öffentlichen Verkehr: Das wichtigste Bindeglied zwischen Busstation und Arbeit oder Zuhause ist der

Fußweg. Öffentlicher Verkehr kann nur dann richtig gut funktionieren, wenn auch die Haltestellen und die Wege zum Bus gut und sicher sind. Jede Menge Konzepte, Fragen und Ideen also, die in diesem Kontext diskutiert werden sollten.

In Kirchschlag konnte mit Einzug der Grünen in den Gemeinderat eine von allen Fraktionen getragene Mollitätsplattform entstehen: „Gemeinsam Mobilität attraktivieren – GemMa!“, in der gemeinsam mit anderen politischen Fraktionen verschiedenste Konzepte erarbeitet und zu Realisierung vorbereitet werden können. Denn für alle - auch die, die auf ihr Auto nicht verzichten wollen oder können - gilt: Je mehr zu Fuß oder im Bus, desto mehr Platz und weniger Stau.

beispielsweise Gemeindebedienstete besteht Gesundheitsgefahr. Insgesamt reichen die negativen Auswirkungen auf den menschlichen Organismus von Reizungen der Augen und Haut bis hin zu Krebserkrankungen. Die Umwelt leidet ebenso unter dem Einsatz von Glyphosat: Das Pflanzengift schädigt nicht nur die Biodiversität und die Böden, sondern auch die Gewässerlebensräume, und kann damit das Gleichgewicht von Ökosystemen dauerhaft beeinträchtigen. Diese Mittel vernichten nicht nur die Pflanzen, sondern schädigen auch die Bienen. Krebserregende Bestandteile von Glyphosat finden sich auch in unseren Lebensmitteln: Global 2000 hat beispielsweise in einem Tee-Test nachgewiesen, dass herkömmlich angepflanzte Teepflanzen teilweise hohe Rückstände an Glyphosat aufweisen. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Daher appellieren wir im Sinne der Gesundheit für Mensch, Tier und Pflanzen an Sie, es diesen Frühling vielleicht einmal mit alternativen und/oder biologischen Unkrautvernichtern zu versuchen.

GLYPHOSATFREI „GARTELN“



Unsere Gemeinde hat sich – auf Initiative der Grünen/Kirchschlag bei Linz – bereits dazu entschlossen, auf Glyphosat zu verzichten. Was für den öffentlichen Raum gilt, möchten wir auch in den privaten Gärten umsetzen und die ländlichen Gebiete damit von diesem Gift befreien. Warum ist das so wichtig? Glyphosat ist in vielen Unkrautvernichtern (Herbiziden) enthalten und steht im Verdacht, Umwelt und Menschen nachhaltig zu schädigen. Glyphosat ist beispielsweise in „Roundup“

von Monsanto oder in „Keeper Unkrautfrei“ von Bayer enthalten. Es wird in der Land- und Forstwirtschaft, in privaten Gärten, aber auch in vielen Gemeinden gegen unerwünschten Bewuchs zum Beispiel auf Friedhöfen, Parkplätzen, in Parks oder auf Spielplätzen eingesetzt. Insgesamt ist Glyphosat das in Österreich am meisten eingesetzte Herbizid. Es wird mit vielen schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt in Verbindung gebracht. Bei der Anwendung durch

„WIA DA HERR SO'S G'SCHER...“



Für das schlechte Benehmen ihrer Besitzer kann man die kleinen und großen Vierbeiner nicht verantwortlich machen
Bildquelle: CCO Licence

Die folgende Geschichte erreichte uns von einer interessierten Leserin des „Gemeindeplanet“ und diese möchten wir Ihnen nicht vorenthalten. In diesem Text geht es nicht um Hunde und deren Benehmen, sondern um den fehlenden Respekt mancher Mitmenschen, aber bitte lesen Sie selbst:

„Hundebesitzer sind ja prinzipiell vernünftige und umsichtige Zeitgenossen. Manchmal allerdings erlebt man mit ihnen auch seine blauen Wunder. So ein richtig tiefblaues „Wunder“ mit einem

Vierbeiner und seinem Herrl ist mir vor kurzem bei einem Winterspaziergang auf der GIS widerfahren. Als ich gerade in der Nähe des Senders marschiere, sehe ich bereits aus der Ferne einen ausgewachsenen, relativ großen, hellbraunen Hund (ich bin keine Expertin, aber ich nehme an, es war ein Boxer oder ähnliches) im Schnee schnuppern und buddeln. Ich habe zwar keine Angst, aber durchaus Respekt vor großen Hunden, besonders wenn sie – wie in diesem Fall – nicht an der Leine und die Besitzer kaum in Rufweite sind. Die beiden dazugehörigen Herren, zw. 40 und 50 Jahre alt, mit Bart und noch zwei kleinen Hunden im Schlepptau, kommen nämlich erst in lässiger Entfernung nach. Daher entscheide ich mich lieber für die sichere Option und versuche, an dem Hund mit gehörigem Respektabstand vorbei zu gehen. Der hat mich allerdings längst entdeckt und springt mittlerweile mit dem dieser Rasse entsprechenden lauten Gebell vor mir herum. Dabei sind ihm meine abwehrenden Gesten genauso egal wie die Kommandos seines Besitzers, der diese zudem erst mit grob fahrlässiger Verspätung gibt. Als der Besitzer den Hund schließlich am

Halsband nimmt und ich an den beiden vorbei gehe, deponiere ich angemessen, aber bestimmt, dass der Hund in so einer Situation rechtzeitig zurückgepfiffen gehört. Bei der Antwort des Herrls traue ich meinen Ohren kaum: „Der Hund hat sich heute gedacht, er möchte einmal ein älteres Fleisch!“ Diese Bemerkung hinterlässt mich so fassungslos, dass ich nicht einmal irgendwie darauf antworten kann und Hunde und Herren kommentarlos von dannen ziehen lasse. So eine Antwort lässt tief blicken. Man möchte sich gar nicht vorstellen, welche Menschenverachtung dieser Hundebesitzer den Menschen im Allgemeinen und den nicht mehr ganz Jungen unter uns im Besonderen entgegenbringt. Dass eine angemessene Entschuldigung eines Zeitgenossen dieser Art wahrscheinlich seinen Zivilisationsgrad übersteigen würde, liegt auf der Hand. Dass er mit dem Verhalten aber allen anderen Hundebesitzern absolut keine Ehre macht und mit dieser unfassbaren Respektlosigkeit das Miteinander von Hundebesitzern und Spaziergängern nachhaltig beeinträchtigt, sollte hier zumindest mit Nachdruck festgestellt werden.“

ZUM THEMA „TRANSPARENZ“ IN DER GEMEINDE PLANUNG DES NEUEN WICHTELWEGES

Für alle, die es noch nicht wissen: Wir bekommen eine neue Tourismusattraktion für Groß und Klein rund um den Breitenstein: Der Wichtelweg, bestehend aus kunstvoll geschnittenen Baumwurzeln - Wichtelfiguren, soll ältere und jüngere Wanderer in Kirchschlag gleichermaßen begeistern. Dagegen ist sicher nichts einzuwenden, weil gute Ideen ja auch umgesetzt werden sollen. Dass man aber dafür 100.000 Euro in die Hand nimmt und ohne Vorabinformationen das Projekt einfach fix und fertig geplant dem GR zur Beschlussfassung vorlegt, entspricht nicht unserer Vorstellung von Transparenz und Kooperation. Es gibt ja genau für

solche Projekte eine parteiübergreifende „Arbeitsgruppe Breitenstein“, die allerdings in keinsten Weise in diesen Entscheidungsprozess involviert war. Daher stellt sich für uns Grüne/Kirchschlag bei Linz schon die Frage, wie in unserer Gemeinde Projekte entwickelt werden und wer darüber entscheidet. Wir würden uns wünschen, dass so eine Idee GEMEINSAM im GR diskutiert wird; dass alle Fraktionen in die Vorbereitungen eingebunden sind und über etwas abstimmen, das sie auch mitgestaltet haben. Immerhin geht es hier um eine stattliche Summe an Steuergeld, die sorgsam eingesetzt werden muss.

KONTAKT

DIE GRÜNEN KIRCHSCHLAG/LINZ
Witikoweg 19, 4202 Kirchschlag bei Linz
MAIL: KIRCHSCHLAG@GRUENE.AT
www.facebook.com/gruenekirchschlag

IMPRESSUM

Grundlegende Richtung: Information der Grünen über das Gemeindegesehen in Kirchschlag
Redaktionsteam: Die Grünen Kirchschlag/Linz
M., H., V.: Die Grünen Kirchschlag, Witikoweg 19, 4202 Kirchschlag/Linz
Auflage: 1000 Stück
Fotos: Die Grünen Kirchschlag/Linz
Druck: City-Print

WIR STARTEN WIEDER DURCH

Mit der Neugründung der Grünen Jugend als neue Jugendorganisation werden die nächsten wichtigen Weichen für die Grüne Zukunft gelegt.

„Einige von uns waren schon bei den Jungen Grünen, es gibt jetzt aber noch viele neue Gesichter, die zu uns stoßen und bei uns mitmachen wollen“, freut sich der neu gewählte Landessprecher der Grünen Jugend, der 27-jährige Leondinger Gemeinderat Lukas Linemayr. „Wir freuen uns auf alle, die künftig mit uns durchstarten möchten“.

Ein großer Schwerpunkt der Grünen Jugend wird die Umweltpolitik sein: „Umweltpolitik betrifft uns auch alle. So importieren wir noch immer Öl und Gas im Wert von 15 Milliarden Euro, größtenteils aus Russland und Saudi-Arabien. Wenn wir dieses Geld für nachhaltige Energie investieren würden, könnten in Zukunft viele tausende Jobs für junge Menschen entstehen. Und es wäre immer noch genug Geld für ein ordentliches Bildungssystem übrig.“

Im Namen der Grünen OÖ ein herzliches Willkommen und Danke an alle jungen Grünen AktivistInnen und SympathisantInnen, die sich seit Monaten so aktiv einbringen!



Foto: Die Grünen OÖ



Abgemeldete Kinder, verzweifelte Eltern, die nicht mehr wissen, wie sie sich die neuen Gebühren leisten und wo sie ihre Kinder am Nachmittag betreuen lassen und PädagogInnen, die durch Stundenkürzungen ihren Lebensunterhalt gefährdet sehen: Sie alle spüren die dramatischen Auswirkungen jener neuen Kindergarten-Verordnung, die erst seit Anfang Februar in Kraft ist.

Bis zu 110 Euro soll nun die Betreuung eines Kindes am Nachmittag kosten, ganz egal wie lange es bleibt. „Und das geht an der Realität vieler Eltern einfach vorbei“, berichtet der Grüne Familiensprecher Stefan Kaineder: „Viele Eltern haben ihre Kinder nach dem Mittagsschläfchen abgeholt, beispielsweise um 14.00 Uhr. Das kostet künftig sehr viel Geld“.

Rückbau der Kindergartenbetreuung

Natürlich haben viele Eltern ihre Kinder bereits von der Nachmittagsbetreuung abgemeldet. Mit Konsequenzen für alle: Denn vielerorts wird die Nachmittagsbetreuung zusammenbrechen, da die erforderliche Mindest-Gruppengröße von 10 Kindern nicht mehr erreicht wird. „Wir sind Zeugen eines massiven Rückbaus unserer Kinderbetreuung, besonders in den ländlichen Regionen“, so Kaineder. Und das zeigt auch ein aktuelles Schreiben der Caritas, die vor einem Zusperrern der Kindergärten am Nachmittag warnt, besonders im länd-

lichen Raum. Doch auch in größeren Städten ist die Lage ernst: In Welser Kindergärten sind ein Drittel der Kinder von der Nachmittagsbetreuung abgemeldet worden, in Steyr gar die Hälfte!

Wenige finanzstarke Gemeinden wie Ried stemmen sich gegen die Gebühr und haben eigene Modelle eingeführt, bei denen den Eltern die Gebühren von der Gemeinde zurückerstattet werden. „Das ist aber weder eine Dauerlösung, noch für alle Gemeinden denkbar. Die Kluft zwischen Stadt und Land wird schlicht größer“, kritisiert Kaineder.

Not-Aus für diese unnötige Gebührenaktion

„Und für was? Für Einsparungen in der Höhe von 11 Millionen Euro. Dem gegenüber steht ein Budgetüberschuss von über 60 Millionen in Oberösterreich. Diese Gebühren sind also nicht einmal notwendig“, ärgert sich Kaineder. Er fordert das sofortige Aussetzen dieser überstürzten und unnötigen Gebührenaktion: „Landeshauptmann Stelzer hat es in der Hand: Er sollte Verantwortung für dieses Chaos übernehmen und den Not-Aus-Knopf für diese Gebührenaktion drücken. Noch ist es nicht zu spät. Was es braucht, ist ein flächendeckendes und zeitgemäßes Netz als qualitativer Kinderbetreuung. Für unsere Eltern, für unsere PädagogInnen, und vor allem für unsere Kinder!“

■ **Hadmar Hölzl**

INFOBOX

Alle, die mitmachen möchten, können sich via E-Mail unter ooe@gruene-jugend.at oder auf Facebook unter [facebook.com/GrueneJugendOOE](https://www.facebook.com/GrueneJugendOOE) melden.